17. Wahlperiode 27. 07. 2011

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 2011 Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im zweiten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2011

Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 25. Juli 2011 – II A 2 – H 1221/11/10001 –

Gemäß § 37 Absatz 4 der Bundeshaushaltsordnung übersende ich die Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben sowie Verpflichtungsermächtigungen im zweiten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2011.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im zweiten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2011

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2011 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe T€	
1	2	3	4	
06	Bundesministerium des Innern			
0615	Bundesverwaltungsamt			
681 11	Leistungen nach dem Heimkehrerstiftungsgesetz	2.530	159	
	Höhere Auszahlungen laufender Rentenzusatzleistungen. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 3 Absätze 1 bis 3 Heimkehrerstiftungsgesetz.			
0629	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk			
532 02	Hilfsmaßnahmen im Rahmen von EU-Abkommen und anderen Verträgen sowie Erkundungsmaßnahmen und Schnelleinsätze weltweit	200	300	
	Einsatz des Technischen Hilfswerkes nach dem Erdbeben in Japan.			
08 0802	Bundesministerium der Finanzen Allgemeine Bewilligungen			
686 04	Zuschuss an die Gästehaus Petersberg GmbH	0	900	
	Erhöhung der Kapitalrücklage der Gästehaus Petersberg GmbH.			
11 1102	Bundesministerium für Arbeit und Soziales Allgemeine Bewilligungen			
632 01	Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	582.000	5.484	
	Mehrausgaben insbesondere auf Grund höherer Ausgaben für Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge und gesunkener anrechenbarer Einkommen. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 46a des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 24. Mai 2011 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.			
1110	Kriegsopferversorgung und -fürsorge sowie gleichartige Leistungen			
632 53	Kriegsopferfürsorgeleistungen für Berechtigte außerhalb des Geltungsbereichs des Ersten Überleitungsgesetzes	2.500	1.000	
	Höhere Abrechnungen der Länder als unterstellt. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 64b des Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz - BVG).			

plan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2011 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4
1113	Sozialversicherung		
636 04	Kosten der Nachversicherung gem. §§ 23 und 23a des Gesetzes zur Regelung der Verbindlichkeiten nationalsozialistischer Einrichtungen und der Rechtsverhältnisse an deren Vermögen	1.900	134
15	Bundesministerium für Gesundheit		
1502	Allgemeine Bewilligungen		
687 86	Beiträge an internationale Organisationen	28.494	1.642
	Auswirkungen der Wechselkursentwicklung auf die Höhe der Beitragszahlung. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf internationalen Vereinbarungen.		
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und		
4004	Reaktorsicherheit		
1604	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz		
1604 681 01		230	250
	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz Erfüllung von Ausgleichsansprüchen nach § 38 Abs. 2 Atomgesetz infolge des	230	250
	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz Erfüllung von Ausgleichsansprüchen nach § 38 Abs. 2 Atomgesetz infolge des Reaktorunfalls von Tschernobyl Höhere Entschädigungsleistungen auf Grund gegenüber der Veranschlagung höherer Antragszahlen. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 38 Absatz 2	230	250
681 01	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz Erfüllung von Ausgleichsansprüchen nach § 38 Abs. 2 Atomgesetz infolge des Reaktorunfalls von Tschernobyl Höhere Entschädigungsleistungen auf Grund gegenüber der Veranschlagung höherer Antragszahlen. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 38 Absatz 2 Atomgesetz.	230	250

2. Uber- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel/ VE	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen VE	Ansatz VE laut Haushalts- plan 2011 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige VE T€
1	2	3	4

06 Bundesministerium des Innern

0623 Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2012 bis zu: 1.530 T€

Ausbau des Cyber-Abwehrzentrums und Infrastrukturmaßnahmen "Netze des Bundes" des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik.

07 Bundesministerium der Justiz

0708 Bundesamt für Justiz

518 02 apl Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen

Liegenschaftsmanagement - 405

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2012 bis zu:135 T€Im Haushaltsjahr 2013 bis zu:135 T€Im Haushaltsjahr 2014 bis zu:135 T€

Anmietung zusätzlicher Büroräume für das Bundesamt für Justiz, Bonn.

3. Über- und außerplanmäßige Ausgaben (ohne Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen)

Einzel-	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung	Ansatz laut	über-/außer-
plan/		Haushalts-	planmäßige
Kapitel/	Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	plan 2011	Ausgabe
Titel		T€	T€
1	2	3	4

11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales

1113 Sozialversicherung

Kosten der Nachversicherung gem. §§ 23 und 23a des Gesetzes zur Regelung der Verbindlichkeiten nationalsozialistischer Einrichtungen und der Rechtsverhältnisse an deren Vermögen

1.900 66

Höhere Erstattungsbeträge des Bundes für bestimmte Personengruppen, die gemäß §§ 20 Abs. 1 und 23a Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Verbindlichkeiten nationalsozialistischer Einrichtungen und der Rechtsverhältnisse an deren Vermögen (NSVerbG) als nachversichert gelten. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf den §§ 23 und 23a NSVerbG. Das Bundesministerium der Finanzen hat bestätigt, dass es bei rechtzeitiger Vorlage eines Antrages die Einwilligung nach Art. 112 GG gegeben hätte.

